

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich 1923

Wenn zwei daselbe tun . . .

Deutsche und tschechische Chauvinisten sind aus dem Häuschen. Angetan hat es ihnen der Umstand, daß auf unserem Aussenparteitage die Notwendigkeit einer Annäherung zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten betont wurde. Wohl gemerkt: die Annäherung wurde nicht schon durchgeführt oder gar ein Zusammengehen beschlossen, denn dafür fehlen leider noch die Voraussetzungen. Die tschechischen Sozialdemokraten gehören der Koalition der Regierungsparteien an, die deutschen stehen in Opposition, es fehlt daher die Grundlage für ihr Zusammenarbeiten. Es konnte also nicht mehr getan werden, als über die bestehenden Schranken hinweg dem Wünsche Ausdruck zu geben, es möge bald die Zeit kommen, da das deutsche und tschechische Proletariat, das einander so lange entfremdet war, sich wiederfinde. Der deutsche Redner gab dieser Sehnsucht Ausdruck und auch die tschechischen Genossen, die als Vertreter ihrer Partei auf dem Parteitag und auf der Frauenkonferenz erschienen waren, fanden freundschaftliche Worte.

Daß in den Aussenparteitagen ein Hoffnungsstimmer dafür ausklingte, es könne früher oder später zur gemeinsamen Kampffront zwischen der Arbeiterschaft beider Nationen im Lande kommen, wurde gewiß von jedem sozialistisch denkenden Arbeiter freudig wahrgenommen. Aber dieser Hoffnungsstimmer allein genügt schon den Chauvinisten auf beiden Seiten, ein ohrenbetäubendes Geheul über „Nationalverrat“, „Arieherei“ und wie die anderen beliebigen Fachausdrücke aus dem Schimpfwörterbuch der bürgerlichen Journalistik lauten, anzustimmen. Auf der Frauenkonferenz hatte die tschechische Genossin Karpisek erklärt, die tschechoslowakische Sozialdemokratie werde bestrebt sein, daß den deutschen Mitbürgern die Möglichkeit des ungestörten nationalen Lebens zuteil werde. Die Folge dieser Erklärung war ein wahrer Lobfuchsanfall der tschechnationalen Presse: Genossin Karpisek habe eine geradezu „halbbröckeliche Verwegenheit“ gezeigt, sie habe nichts weniger den deutschen Genossen versprochen, als daß die tschechischen Sozialdemokraten ihnen bei der Verwirklichung der einseitigen Republik und bei der Verwirklichung der tschechischen Arbeiterschaft im gemäßigten Sprachgebiet durch das Großdeutschtum zu Hilfe kommen werden. Und noch mehr: die Abgeordnete Karpisek „stelle sich offen auf das Seltigerische Programm des deutschen Selbstbestimmungsrechtes“, was ein „bewußter Opportismus“ sei, weshalb die tschechische Sozialdemokratie mit der Genossin Karpisek zu Gericht gehen müsse, denn ihr Anspruch lasse sich mit den Koalitionsverpflichtungen der Partei nicht vereinigen. In die Schimpfereien über die tschechische Genossin, welche der „latente Hasen“ beschuldigt wird, schließt sich eine Kapuzinade über die deutschen Sozialdemokraten, die es in keiner Weise verdienen, daß sich jemals die tschechischen Arbeiter mit ihnen vereinigen. Und ähnliche Töne schlägt die deutschnationale Presse an. Nichts kann die publizistischen Schildknäpfe des beiderseitigen nationalen Bürgerturns so aus der Fassung und ihre Galle so zum Ueberfließen bringen, als die Aussicht auf eine Wiedervereinigung des deutschen und tschechischen Proletariats. Da schnattern aufgeregt alle Gänse, als habe es das Kapitol zu retten.

Den Tschechnationalen geht es dabei nicht um die unverfälschte Bewahrung ihres heutigen Vorherrschaftsystems, für das ihnen die allnationale Koalition als notwendige Voraussetzung dient. Die Koalition ist ihnen gewiß unentbehrlich, wenn sie auch für sich selber den Begriff Koalitionsstreue ausgeschaltet haben. Sie selber werfen alle Koalitionsverpflichtungen auf den Misthaufen, wenn diese ihrem Parteivorteil im Wege stehen, sie verlangen ihre Einhaltung nur von den tschechischen So-

Krisenstimmung in Paris.

Währungskrise und Beamtenforderungen. — Poincarés Mehrheit wankt.

Paris, 20. Dezember. (Havas.) Die Kammer verhandelt seit gestern den Antrag über die Erhöhung der Beamtengehälter. Die sozialistische Linke beantragt eine Erhöhung, welche einen Betrag von 1160 Millionen erfordert würde, während die Regierung nur 263 Millionen Franks für die Erhöhung der Gehälter bewilligen will. Die Kammer stimmte mit 331 gegen 200 Stimmen für die Vertagung der Regierungsvorlage. Der Antrag selbst wurde der zuständigen Kommission zur neuerlichen Beratung zurückgestellt. Pasterie stellte wegen der Zurückstellung kein Vertrauensvotum.

Am Schlusse der Kammer Sitzung begab sich die Kommission für die Teuerungszulagen der Staatsangestellten zum Ministerpräsidenten und zum Finanzminister. Diese beharrten formell auf ihrer Stellungnahme und erklärten, daß die Regierung die Vertrauensfrage stellen werde.

Der französische Frank kräftigt.

Die Offensiv Amerikas und Englands.

London, 20. Dezember. (A. N.) Die „Times“ schreiben in ihrem heutigen wirtschaftlichen Teil,

es sei ein unglücklicher Zufall, daß der französische Frank an der Londoner Börse gerade in dem Augenblicke falle, als bessere Aussichten für die Lösung des Reparationsproblems und der damit zusammenhängenden Fragen zutage treten. Der Rückgang des Frank, dessen gestrige Höchstnotierung 84.45 für das englische Pfund war, und der heute morgens mit 84.1 eröffnete, sei natürlich kein unerwarteter gewesen. Die Finanzkreise schreiben diesen Rückgang den allzu großen Nachkriegsausgaben Frankreichs (den eigenen und den von Frankreich subventionierten Kriegskriegerleistungen Polens, Jugoslawiens etc. etc. D. Red.) zu, welche die ordentlichen Einnahmen bei weitem übersteigen.

Ein Senatsbeschluss gegen Poincaré.

Berlin, 20. Dezember. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Paris meldet, hat sich die Wahlrechtskommission des Senates mit allen gegen eine Stimme für die Rückkehr zur Arrondissement-Wahl ausgesprochen, welche die Regierung in der Kammer bei der Debatte über die Novelle zum Wahlgesetz unter Stellung der Vertrauensfrage abgelehnt hatte.

Vor Neuwahlen in Bayern.

Regierungskrise. — Landtagsauflösung. — Abgeordneten- und Ministerabbau.

Berlin, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Die bayerische Regierungskrise, die durch den Fall des Gemäßigungsgesetzes in der gestrigen Landtagsauflösung und den Rücktritt des bauerbündlerischen Landwirtschaftsministers zum Ausdruck kam, ist noch nicht gelöst. Im Landtag hat heute die Bayerische Volkspartei den Antrag auf Auflösung des Landtags m. a. D. auf ein Drittel und der Zahl der Minister von acht auf fünf bezweckt. Dazu beantragten die Sozialdemokraten, die Anzahl der Mandate nur auf die Hälfte zu beschränken. Nach einer längeren Geschäftsordnungs-

debatte wurde der Auflösungsantrag einem Ausschusse überwiesen und der deutschnationale Antrag, der die Verringerung der Mandate verlangt, angenommen.

Ob es morgen zur Abstimmung über die Auflösung des Landtages kommt, ist zweifelhaft, da möglicherweise die gesamte Linke Obstruktion üben wird, um zu verhindern, daß die Neuwahlen unter dem drückenden Ausnahmezustand und unter der Diktatur des Generalstaatskommissärs stattfinden.

Ein „Attentatsplan“ auf Kahr.

Wehr Dichtung als Wahrheit.

München, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Die Münchner Polizei hat auf Grund einer Anzeige den erwerbslosen Schauspieler Hans Bartel, gebürtig aus Sachsen, unter dem Verdachte, gegen den Generalstaatskommissar Kahr ein Attentat geplant zu haben, verhaftet. Die Polizeidirektion verbreitet, daß Bartel die Absicht bereits gefaßt habe, den Generalkommissar zu erschlagen und

mal nicht, ihn mit Schollisch, Lodgman und Mallina in eine Linie zu stellen. Als Motiv dient dem Blatt die Tatsache, daß Dr. Czoch von nationaler Unterdrückung sprach. Nationale Unterdrückung! Wer von ihr spricht, ist an sich schon ein Hochverräter!
Die Erregung über die Möglichkeit einer Vereinigung des deutschen und tschechischen Proletariats hat aber noch einen andern Grund, und hier begegnen sich deutsche und tschechische Bürgerliche. Wie wäre es um die Nacht des Bürgerturns bestellt, wenn ihm die gefährliche Phalanx der deutschen und tschechischen Arbeiterschaft gegenüberstände! Nein, das kann und darf nicht geschehen! Deutsche und tschechische Industrielle, Agrarier und Banken dürfen zusammengehen, ihre gemeinsamen Profitinteressen gemeinsam wahren, doch wehe, wenn die Arbeiter daselbe tun wollen, oder wenn es auch nur aussieht, als wenn sie dies tun wollten! Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe. Und die Arbeiter sollen diesem jesuitischen Grundsatz Folge leisten, wenn sie nicht als Verräter an der Nation beschimpft werden wollen. Die zweierlei Moral wird aber auf die Dauer ihre Wirkung verlieren, darauf können die Herren Gift nehmen!

daß er zu diesem Zwecke Erkundigungen und entsprechende „Vorbereitungen“ getroffen hatte. Bartel, der vermutlich ein Schwindler, vielleicht auch ein von der Polizei erwählter „Attentäter“ ist, wurde, nach dem Berichte der Polizei, dem Gericht übergeben.

(Da das Ansehen Kahr's in der letzten Zeit stark gelitten hat, dürfte der „Attentatsplan“ dem rekonvaleszierenden Generalstaatskommissar sehr willkommen sein. D. Red.)

Unstimmigkeiten in der Reichsregierung

Die Steuerfragen der Patrioten im ganzen Reich.

Berlin, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Die Erlassung der dritten Steuerverordnung der Reichsregierung, die dem Reichshaushalte erhebliche Mittel zuführen soll, hat sich infolge von Meinungsverschiedenheiten im Kabinett verzögert. Die Differenzen entstehen wegen der Neuregelung des Finanzenausgleichs zwischen Reich, Länder und Gemeinden. Der Reichsfinanzminister ist nach Süddeutschland gereist, um mit den dortigen Regierungen persönlich zu verhandeln. Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Ueberwachungsausschuss des Reichstags Gelegenheit bekommen wird, sich vor dem Neujahr mit der Verordnung zu beschäftigen.

Vor der Aufhebung des Belagerungszustandes in Sachsen.

Dresden, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Anlässlich eines Besuches, den der Reichswehrminister Gessler gestern in Dresden abstatte, teilte die „Dresdner Volkszeitung“ mit, daß das Ergebnis der Unterredungen des Reichswehrministers Dr. Gessler mit dem Wehrkreiskommandeur Müller, dem Ministerpräsidenten Fellsch und dem Zivilkommissar Meier die baldige Aufhebung des Belagerungszustandes sein wird. In ununterrichteten Kreisen wird damit bereits in der ersten Kämmerhälfte gerechnet.

Die tschechischen Sozialdemokraten für die Auflösung des Landtages.

Dresden, 20. Dezember. (Eigenbericht.) In einer heute stattgefundenen Sitzung der sozialdemokratischen Landesinstanzen wurde beschlossen, eine Konferenz aller Parteinstanzen einzuberufen, in der die Frage der großen Koalition in Sachsen oder der Auflösung des Landtages endgültig entschieden werden soll. Voraussichtlich wird die Entscheidung zugunsten der Auflösung fallen.

Ein Anschlag auf den Separatistenchef.

Düsseldorf, 20. Dezember. (Havas.) Auf den Chef der provisorischen Regierung Dr. Dorn wurden in der Nacht vom 18. auf den 19. Dezember mehrere Revolvergeschosse abgegeben. Die Angreifer sollen entlassene Soldatenbündler sein, welche sich nach der Tat ins unbesetzte Deutschland flüchteten.

Eine landesverwiesene Habsburgerin in Wien.

Maria Theresia, Karls Tante, mit Seipels Erlaubnis eingetroffen.

Wien, 20. Dezember. (Eigenbericht.) Die ehemalige Erzherzogin Maria Theresia, eine Tante der Frau Jita Habsburg, traf heute aus Spanien in Wien ein und stieg im Palais Barma bei ihrer Tochter Annunziata ab. Maria Theresia, die die Stiefmutter Franz Ferdinands war, gehört zu jenen Habsburgerinnen, die den Eid für die Republik Deutschösterreich nicht geleistet haben und daher als landesverwiesen zu betrachten ist. Offenbar hat, wie zur Stunde angenommen werden muß, die Regierung Seipels die Einreisewilligung erteilt. Hervorzuheben ist, daß vor einigen Tagen der ungarische Graf Hunyadi, der letzte Obersthofmeister Wien passierte und in besonderer Mission nach Budapest weiterreiste. Seine Reise wurde damals mit den Kreditverhandlungen der ungarischen Regierung in Zusammenhang gebracht. Ueber den wahren Zweck des Aufenthaltes der künftigen Habsburgerin wird wohl bald Klarheit geschaffen werden.

Macdonald wird Sowjetrußland anerkennen.

London, 20. Dezember. (Havas.) Die „Westminster Gazette“ erfährt, haben hinter den Kulissen Beratungen stattgefunden, deren Zweck die Anerkennung der Sowjetregierung nach dem Tode des Kabinetts Baldwin war.

Der Beginn der Lösung der Reparationsfrage.

London, 20. Dezember. (N. R.) Vor seiner Abreise nach Paris erklärte der britische Vertreter in der Reparationskommission Bradbury, daß er dank den Beratungen mit den zuständigen Vertretern in London und anderwärts inslande sei, der Reparationskommission die geeigneten Personen vorzuschlagen, von denen er glaube, daß sie den britischen Finanzkreisen und der Bevölkerung genehm sein und von der britischen Regierung warm aufgenommen werden. Die Aussicht auf Aufnahme der Arbeiten der Kommissen wird in London warm begrüßt, da sie als der tatsächliche Beginn der Lösung der Reparationsfrage angesehen werden. Da die Reparationsfrage das ernsteste Hindernis für die Rekonstruktion Europas ist, werden natürlich die Handelskreise der ganzen Welt das Ergebnis der Arbeiten der beiden Kommissen mit Spannung erwarten.

Die Sanierung Ungarns.

Die Verhandlungen des Völkerbundes abgeschlossen.

Paris, 20. Dezember. Der Völkerbund hat heute mittag seine Arbeiten abgeschlossen. Auf Vorschlag Robert Cecil's wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die besagt:

1. Der Rat nimmt Kenntnis von dem von den Mitgliedern des Finanzausschusses einmütig vorgelegten Bericht;
2. Der Rat genehmigt den Wortlaut des Protokolls 1 und 2 und nimmt die Pflichten, die ihm gemäß den Protokollen auferlegt werden auf sich;
3. Der Rat überträgt dem ungarischen Komitee die Vollmachten, um im Bereiche der eigenen Kompetenzen alle Entscheidungen zu treffen, die zur Ergänzung und Ausführung des Finanzplanes von heute bis zur nächsten ordentlichen Tagung des Rates notwendig werden;

Schlussitzung im Abgeordnetenhaus.

Durch das eilige Tempo, das die vorweihnachtliche Zeit in unseren gesetzgebenden Körperschaften charakterisiert, ist es der Koalition gelungen, sämtliche terminierten Vorlagen, einige Handelsverträge und die Novelle zur Krankenversicherung zu erledigen. Diese „Erledigung“ bestand darin, daß man die Gesetzesanträge in den verschiedenen Koalitionskonventionen ausloste und vom Hause beschließen ließ, ohne auch nur einen Punkt an irgend einer Vorlage zu ändern. Alle Anregungen und Anträge der Opposition, mögen sie noch so wertvoll gewesen sein — sie können wahrlich nicht als „Staatsgefährlich“ bezeichnet werden — fielen wie immer glatt unter den Tisch. Die Koalition konnte sich über alle Vorlagen um so leichter einig machen, als bei ihr die Entschlossenheit, möglichst bald in die Weihnachtsferien einzutreten, eine unbedingte war. Nur über den Handelsvertrag mit Norwegen konnte in der „Dezitta“ (der Zehnerauschau der Koalition) eine Einigung nicht herbeigeführt werden. Der Grund des Zwistes über diese an sich unbedeutende Vorlage bildet ein Geheimnis der Koalition, wird aber ihre Weihnachtsferien sicher nicht stören.

Den ersten Punkt der Tagesordnung der gestrigen Sitzung bildete das Gesetz betreffend die Umorganisation der Schiedsgerichte in Niederösterreich. Nach den Referaten der Berichterstatter Dubitsch und Patzelt wird das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es wird sodann zur Abstimmung über das Umsatzsteuergesetz, welche gestern wegen mangelnder Präsenz der Koalition verschoben wurde, geschritten. Nach der Ablehnung des Antrages des Genossen Dietl, über das Gesetz zur Tagesordnung überzugehen, wird das Gesetz selbst in einer Abstimmung, die dreieinviertel Stunden dauerte, unverändert in der Fassung des Ausschussberichts angenommen. Alle Änderungsanträge unserer Genossen werden abgelehnt.

Das Haus schreitet zur Verhandlung des Gesetzes, durch welches einige Bestimmungen über die Krankenversicherung geändert, beziehungsweise verlängert werden.

Der Berichterstatter Johannes verweist darauf, daß die Auslegung des Krankenversicherungsgesetzes durch die bekannte Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 2. Juli 1923 über die

Hausgehilfenversicherung

notwendig geworden ist. Die Vorlage diene dazu, die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofes zu korrigieren. Johannes konstatiert, daß es ein großer Fortschritt sei, daß sich alle Parteien, auch die, welche sich früher auf einen anderen Standpunkt in der Presse festlegten, im Ausschuss für die Versicherung der Hausgehilfen ausgesprochen haben. Der Berichterstatter kritisiert dann das Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtshofes und sagt, daß das Gericht durch Einbild in die stenographischen Protokolle des Abgeordnetenhauses sich vom Willen des Gesetzgebers hätte überzeugen können, so wie dies öfters im alten Oesterreich geschehen sei.

Der erste Debatteredner, Genosse Hadenberg, erklärt, daß die in Verhandlung stehende Vorlage eine Reihe von Ergänzungen bedarf; da aber die Hoffnung besteht, daß die Sozialversicherungsvorlage in absehbarer Zeit Gesetzeskraft erlangen wird, wolle er sich nur darauf beschränken, solche

4. Der Rat spricht schließlich seine Zuerstfick aus, daß alle diejenigen, deren Einverständnis zur Regelung der noch schwebenden Fragen notwendig ist, alles daran setzen werden, um raschstens zu einer gerechten und billigen Regelung zu gelangen. Hierauf erklärte Titulescu namens der Kleinen Entente, daß diese die erzielten Uebereinkommen mit zwei kleinen Vorbehalten annehme.

Graf Bethlen dankte dem Rat und erklärte, daß Ungarn die beiden Protokolle grundsätzlich annehme.

Parlamentäre Wahlen.

Nom, 20. Dezember. (Sabas.) Die Nationale Volkspartei hat beschlossen, ganz selbständig in die Wahlen zu gehen und demnach keine Wahlkompromisse, weder nach rechts, noch nach links, abzuschließen.

Die maximalistische Parteileitung erklärt, daß das Proletariat jeden Kampf aufnehmen müsse, daß dies aber kein Hindernis dafür sei, bei außerordentlichen Ereignissen etwa eine andere Entscheidung zu treffen. Gegenwärtig eine Entscheidung zu treffen, sei verfrüht. Der „Avanti“ bemerkt hierzu, niemand in der Partei denke daran, sich dem Kampfe zu entziehen. Es sei daher notwendig, ihn vorzubereiten. Die kommunistischen Abgeordneten erklären, daß das Zeitungsverbot den Eintritt in die Wahlbewegung praktisch unmöglich mache.

Bei der Tihata'dschalinie hört die soziale Frage auf.

London, 20. Dezember. Reuter meldet aus Konstantinopel: Die türkischen Behörden haben die Auflösung der Arbeiterunion angeordnet mit der Begründung, jeglicher Zusammenschluß von Erwerbsgruppen sei unzulässig.

Anträge zu stellen, welche durch das diesjährige Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes hervorgerufen wurden. Es ist bezeichnend, daß gerade bei sozialpolitischen Vorlagen immer wieder Fristen angelehrt werden, und daß sich das Haus alle Halbjahre damit beschäftigt, solche Vorlagen weiter zu verfrühen. Diesmal aber handelt es sich nicht um eine bloße Fristerstreckung, sondern das Oberste Verwaltungsgericht hat Veranlassung gegeben, daß das Gesetz als solches geändert werden muß und es ist zu beklagen, daß diese Änderung des Gesetzes nicht sofort vollzogen wurde, als das Oberste Verwaltungsgericht sein unselbiges Erkenntnis gefällt hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch Dienstboten in die Versicherungspflicht einbezogen worden sind, welche sich im Privathaushalte befinden.

Wenn das Oberste Verwaltungsgericht der Ansicht gewesen ist, daß der Paragraph 4 des Gesetzes unklar gefaßt ist, so hat es jedenfalls zu berücksichtigen gehabt, daß die Hauptbestimmungen des Gesetzes im Paragraph 1 enthalten sind, welcher klar auseinanderlegt, wer der Versicherungspflicht unterliegt, denn der Paragraph 4 enthält unwesentliche Bestimmungen, durch welche nur umschrieben wird, wer als Unternehmer anzusehen ist.

Das Verwaltungsgericht hat nicht einseitig entschieden, sondern es hat sich vor allem um den Willen des Gesetzgebers zu kümmern.

Durch das Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes wurde aber das Recht der Bevölkerung arg verletzt. Die Vorlage, wie sie heute dem Hause unterbreitet wird, beinhaltet eine Verschlechterung gegen ihre ursprüngliche Fassung, da der Termin, wonach die Versicherungspflicht vom 1. Juli 1923 an zu gelten hätte, gestrichen wurde, und das Gesetz erst vom 1. Jänner 1924 in Kraft treten soll.

Dadurch erhalten aber alle jene, welche auf Grund des vorjährigen Erkenntnisses des Obersten Verwaltungsgerichtes die Versicherungen angemeldet haben, eigentlich eine Belohnung gegenüber allen jenen, die die Versicherung aufricht erhielten.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat indes in letzter Zeit auch noch andere Erkenntnisse gefällt, durch welche die Arbeiterschaft schwer geschädigt erscheint. So insbesondere durch seine Auslegung des Paragraph 7 und des Paragraph 2 des Krankenversicherungsgesetzes. Aus diesem Grunde hat unsere Partei entsprechende Änderungsanträge gestellt und Redner hofft, daß das Haus für diese Änderungsanträge stimmen werde. (Beifall.)

In der Debatte sprechen ferner der Landwirtschafstlicher Krankenkassen plädierte, die er „gesund“ nennt, der Kommunist Kutzer, der tschechische Nationaldemokrat Matonkel, der tschechische Gewerbetreibende Babra, der das Recht des Parlamentes auf Kritik des Urteils des Obersten Verwaltungsgerichtshofes bestreitet und dadurch die Arbeiterfeindschaft der Gewerbetreibenden so recht anzeigt und schließlich der tschechische Sozialdemokrat Dr. Winter, worauf der Berichterstatter Johannes sein Schlusswort hielt.

Der Zwang der Koalition.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage unverändert angenommen, die Änderungsanträge unserer Genossen abgelehnt.

Beachtenswert für den Zwang, den die Koalition auf jeden ihrer Teile ausübt, ist es, daß ein Abänderungsantrag Hadenberg, betreffend die Einziehung in die Lohnklassen bei der Krankenversicherung ebenfalls abgelehnt wurde. Dieser Antrag, der den gleichen Wortlaut hat wie ein Initiativantrag des tschechischen Sozialdemokraten Johannes, der heute dem Initiativantrag zugewiesen wurde, wurde mit Hilfe auch der tschechischen Sozialdemokraten, also der Antragsteller selbst, niedergestimmt.

Das Haus geht in die Beratung des nächsten Punktes der Tagesordnung, das ist das Gesetz über die Änderung der Bestimmung, betreffend die Kriegszuschläge zu den direkten Steuern, über. Nach einer Debatte in der auch der tschechische Gewerbetreibende Rajman sprach, der neuerdings heftige Angriffe gegen den Minister Novak richtete und von ihm Aufklärung über den Fall Vitka Soukup verlangte, wurde das Gesetz in erster und zweiter Lesung angenommen.

Schollischade.

Galgenjoch beschimpft die Sozialdemokraten, Kofka und die „ganze jüdische Meute“.

Frau Rosol berichtete hierauf über das Gesetz, betreffend die Organisation der Frauenschulen. Der erste Debatteredner hierzu ist Herr Schollisch, der die Gelegenheit benützt, um seinen Unterschriftenwindel auf dem „Numerus clausus“-Antrag zu verteidigen. Dieser Antrag habe einen „fürchtbaren Wirbel“ hervorgerufen. Der „Abg. Kofka und die ganze jüdische Meute“ seien gegen ihn losgezogen. Die Unterschriftenbeschaffung für den „Numerus clausus“-Antrag bezeichnet Schollisch als korrekt.

Herr Schollisch hätte aber den Schwandel mit der Unterschrift Szentivanyi nicht auf. Szentivanyi erklärt, seine Unterschrift auf den Numerus clausus-Antrag nicht gesetzt zu haben. Der Sekretär der ungarischen Parteien, Tomorh erklärt ebenfalls, den Namen Szentivanyi nicht auf den Antrag gesetzt zu haben, es bleibe demnach nur eines übrig; nämlich, daß der Antragsteller selbst, also Herr Schollisch, auf den Numerus clausus-Antrag die Unterschrift Szentivanyi setzte.

Als Schollisch auf den Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen die Hochschuldirektion zu sprechen kam und hierbei den Sozialdemokraten vorwarf, daß sie den letzten Lehrstühlen verteidigten, für die Halenkreuzjuden aber nichts übrig hätten, ertönten laute Protestrufe auf den Banken unserer Genossen.

Vizepräsident Hruban rief den Redner für den Ausdruck „Kofka und die ganze jüdische Meute“ zur Ordnung.

Die nächste Rednerin, Genossin Deutsch, erklärt zunächst, daß sie aufs Schärfste verurteilen müsse, die niedrige Kampfweise, der sich ihr Vordredner bediente. (Värm bei den Deutschenationalen.)

Es ist eine Kulturshande, daß ein Abgeordneter die Dekrete über eine Kulturangelegenheit dazu benützt, um eine kulturfeindliche Rede vom Stapel zu lassen.

Es ist eine Kulturshande, wenn man hier die Gelegenheit der Beratung eines kulturellen Gesetzes dazu benützt, eine Partei anzupöbeln, die der reaktionären Ansicht Schollischs nicht bestimmt. (Beifall bei unseren Genossen, Widerspruch bei den Deutschenationalen, der Vorsitzende Hruban gibt wiederholt das Glockenzeichen und erfuhr um Ruhe.)

Zum Gegenstande der Beratung übergehend, sagt Rednerin, daß der vorliegende Entwurf die Frauen ganz besonders interessiert. Mit der Errichtung und Ausgestaltung der gewerblichen Fachschulen für Frauen beginnt eine neue Ära in der Ausbildung der Mädchen, denn der Gedanke, daß für das weibliche Geschlecht Fachschulen notwendig sind, wo sie eine Ausbildung für einen Beruf erhalten, ist neu: im Ausbau der Schulorganisationsform ist aber noch immer die gewerbliche Pflichtfortbildungsschule, sowie die Einführung des allgemeinen hauswirtschaftlichen Unterrichtes für Mädchen zu vermissen. Für die große Masse der Arbeiterinnen kommt die Schule, über die heute beraten wird, nicht in Betracht und die deutschen Sozialdemokraten verlangen Schulen, in denen die Töchter der Arbeiter eine entsprechende allgemeine Ausbildung auf dem Gebiete der Haushaltung finden würden. Dies ließe sich auch durch Angleichung von Arbeitskursen für Mädchen an Volks- und Bürgerschulen erreichen und Rednerin befürwortet die Annahme eines diesbezüglichen Resolutionsantrages. Für die Vorlage werden wir stimmen, weil sie bei allen ihren Mängeln immerhin einen Schritt nach vorwärts bedeutet. (Beifall.)

Als Genossin Deutsch gendete hatte, brachen die Deutschenationalen in lautes Gekrei aus. Zwischen unseren Genossen und den Schollisch-Anhängern kam es zu lauten Disputen. Genosse Hillebrand rief: „Es ist unverantwortlich von Ihnen, die jungen Leute an den Universitäten in Affären hineinzutreiben!“ Genosse Fischer: „Der Geist Goethes ist es nicht, der aus Ihnen spricht.“ u. a.

Schollischs Rede — ein Dolchstoß in den Rücken der deutschen Schulen.

Nach der tschechisch-merikanischen Rosypal hält Frau Rosol ihr Schlusswort.

Sie erklärt, daß sie dem Abgeordneten Schollisch für seine Ausführungen dankbar sei als Beweis dafür, daß die deutschen Mittel- und Hochschulen bei uns überflüssig sind, weil sie

jüdisch sind. Das Gesetz der Deutschen über Schulsperrungen habe Schollisch auf das richtige Maß zurückgeführt, da er selbst eingestand, daß 50 Prozent der deutschen Schulen jüdisch seien. Man könne die Schulen also sperren.

Das Gesetz wird sodann angenommen und das Haus schreitet zur Behandlung der Vorlage über die

Militärtagen.

Hierzu formuliert den Standpunkt unserer Partei Genosse Joll.

Er verweist darauf, daß unser Klub seinerzeit den Antrag auf vollständige Aufhebung der Militärtage eingebracht hat, der damals allerdings abgelehnt worden ist. Er erklärt, daß sich der vorliegende Entwurf mit den Anschauungen unserer Partei deckt, weshalb wir für die Vorlage stimmen werden. Bei dieser Gelegenheit will er aber auf das Gerücht hinweisen, wonach das Ministerium für Landesverteidigung beabsichtigt, an die Offiziere und Rotmeister mit Rücksicht auf ihre prekäre wirtschaftliche Lage

außerordentliche Weihnachtsgelöhne...

anzuzahlen. Dagegen müssen wir Einspruch erheben, denn eine Reduktion der Offiziere und Rotmeister in dieser Form wäre ein eklatanter Verfassungsverstoß. Der Klub der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist jederzeit bereit, über die Notlage der Heeresangehörigen im Parlament zu diskutieren, dann aber muß mit der Lage der Mannschaftspersonen begonnen werden. (Beifall.)

Präsident Tomasek schloß die Sitzung mit den üblichen Weihnachtswünschen und dankte besonders den Beamten und Angestellten des Hauses, sowie den Journalisten. (Bravorufe.)

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Landwirtschaftlicher Ausschuss.

In der Sitzung des landwirtschaftlichen Ausschusses des Abgeordnetenhauses erstattete Marsha den Bericht über die Entscheidung bei Elementarschäden. Die vorgelegte Resolution geht dahin, daß ein Betrag von mindestens 50 Millionen Kronen für solche Zwecke bereitgestellt werden soll, die unter bestimmten Voraussetzungen vom Landwirtschaftsministerium zu erteilen sind. Unsererseits bemängelte Genosse Laibl, daß die von ihm gestellten und vom Subkomitee genehmigten Anträge auf spezielle Berücksichtigung der Kleinlandwirte in der Resolution nicht zum Ausdruck kommen. Genosse Hadenberg bemängelte, daß nicht ein fertiger Gesetzentwurf vorgelegt wurde und die wirtschaftlich Schwachen nicht entsprechend geschützt werden. Er sprach sich für eine obligatorische Vieh- und Hagelversicherung gegen Elementarschäden aus, wobei ein Zwang unabweichlich sei. Denn sonst könnte es häufig vorkommen, daß die Nichtversichererten aus diesen Fonds Unterstühtungen erhielten. Da der in Frage kommende Betrag zu gering ist, um alle Schäden zu decken, müssen in erster Linie die wirtschaftlich Schwachen unterstüht werden. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Wehrausschuss.

In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses verwies Genosse Joll darauf, daß im Herbst 1922 im Senat eine Resolution angenommen wurde, wonach die Zivilpersonen und ihre Angehörigen, die infolge militärischer Uebungen einen Unfall erlitten haben, zu entschädigen sind. Bis heute ist dies in keinem Falle geschehen. Redner erinnert an das traurige Los der hier in Betracht kommenden Familie Korzer in Freiwalde und fragt den Herrn Minister, ob er geneigt ist, den Beschluß des Senates durchzuführen. Weiters gibt Redner bekannt, daß er entsprechend den Bestimmungen, daß nur mit Zustimmung des Ministers militärische Objekte betreten werden dürfen, vor 4 Wochen an das Ministerium das Ersuchen richtete, ihm den Besuch der Militärstrafanstalt in Terefenstadt zu gestatten. Bis heute ist diese Bewilligung nicht gekommen. Redner fragt den Minister, ob er geneigt ist, die geforderte Bewilligung zu erteilen.

Der Minister erklärt, die Bewilligung zum Besuche von Militärstrafanstalten absolut nicht geben zu können, da es bei solchen Besuchen schon zu Revolten gekommen sei. Er empfiehlt den Besuch durch den gesamten Wehrausschuss.

Daueritzung im Senat.

Prag, 20. Dezember. Um in der morgigen Sitzung die Tagung zu schließen und die Weihnachtsferien beginnen zu können sah sich das Senatspräsidium genötigt, heute eine umfangreiche und bis in die Nacht andauernde Sitzung anzuberaumen. Mit der üblichen Hast mußte ein Gesetz nach dem anderen erledigt werden, galt es doch, fertig zu werden um jeden Preis. Mit welcher Gründlichkeit die Beratungen bei diesem Eiltempo überhaupt gepflogen werden können, kann selbst ein Laie ermessen. Fast scheint es, als ob der tschechische Parlamentarismus das charakteristische des tschechischen Fußballspiels sich angeeignet hätte, bei dem immer in der letzten Viertelstunde durch ein wahnsinniges Tempo zügigst erst das Resultat gemacht wird. Den tschechischen Fußballer reizt allerdings zu dieser Sonderleistung vor Spielende das begeisternde Tempogebüll der Zuschauer mit — die Arbeitsmethoden des tschechischen Par-

Lamentarismus jedoch begleiten bloß die Proteste der Rechnung letzten Endes bezahlenden arbeitenden Bevölkerung und das Hohnschlächter der demokratischen Welt.

Die Senatssitzung begann um ein halb 4 Uhr. Nach einigen zweiten Lesungen wurde das Gesetz über die

Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabe

verhandelt. Nach dem Berichterstatter sprach als erster Debattierender.

Genosse Dr. Heller:

Er erklärt, eine Vermögensabgabe könne nur dann Erfolg haben, wenn sie à tempo durchgeführt wird. Das Gesetz wurde zwar sehr sorgfältig vorbereitet, aber zur Zeit der Gesetzgebung stimmten seine Voraussetzungen nicht mehr. Wenn die Finanzverwaltung provisorische Zahlungsaufträge erlassen hätte, hätten sich viele Schäden vermeiden lassen. Dadurch wäre es auch vermieden worden, daß die Steuerverwaltung in Unordnung gekommen wäre. Verfehlt scheint auch der Grundtermin des Gesetzes. Dazu kommen noch die Folgen der Wirtschaftskrise, die die Vermögensverhältnisse vielfach vollständig geändert haben, sei es zum Nachteil, sei es zum Vorteil der Einzelnen. Gerade in der Zeit ununterbrochener Valutaänderung sind die größten Gewinne der Spekulanten eingetreten, welche durch die Vermögensabgabe nun nicht erfasst werden. In Betracht ziehen müssen wir auch den Zusammenhang, der zwischen unserer Wirtschaft und den übrigen Ländern der alten Monarchie und Deutschland besteht. Allen diesen Uebeln wird durch die Novelle nicht gesteuert, und eigentlich müßte jetzt eine neue Vermögensaufnahme erfolgen.

Die Vorlage wird zum größten Teil den Landwirtschaften zugute kommen.

Doch wird durch die Schematisierung auch hier Unrecht geschaffen. Zu geradezu ungeheuerlichen Konsequenzen wird der § 3 führen. Im § 3 wird es den Behörden überlassen, wenn sie die Wohltaten des Gesetzes zu kommen lassen wollen. Wir werden daher nur für die Paragraphen 1 und 5 stimmen. (Lebhafte Beifall.)

Preisla (Volksp.): Die Härten des Gesetzes müssen noch beseitigt werden.

Dr. Wetter-Ellie (d. Christ.-Soz.): Eine Restriktionspolitik ist auf Grund der währungspolitischen Erfahrungen verfehlt. Der § 1 des Gesetzes verhindert jede bessere Novelle, als es die Vorlage ist. So können die Zahlungstermine nicht beliebig gestaltet werden und die Verzinsung der Abgabe mit Kriegsanleihe ist unmöglich. Es ist Pflicht der Regierung, die Fehler des Gesetzes ehestens zu beseitigen, wenn ihr an der Wohlfahrt des Staates gelegen ist.

Oberleitner (d. Nat.): Gründe politischer Natur waren maßgebend für die vorliegende Novelle. Es ist Pflicht der Finanzverwaltung, die Volkswirtschaft zu schützen. Das geschieht nur in der Vorlage nicht, die nur unter gewissen Voraussetzungen Ermäßigungen gewährt. Für Industrie und Gewerbe sind diese Erleichterungen fast ergebnislos. Es wäre richtig gewesen, Anhangs- und Endvermögen auf eine Goldparität zu stellen. Unsere Steuern, Gebühren und Abgaben müssen dringend reformiert und die unproduktiven Ausgaben eingeschränkt werden.

Zuff (Vd. d. Landw.): Vermögensabgabe und Kriegsanleihe gehören zusammen. Die Wiege des alten Vermögensabgabengesetzes könnte man nur im röttesten Sowjetrußland (!) suchen. In der Landwirtschaft ist direkt eine Wertverminderung (?) eingetreten und können Sachwerte nicht zur Bemessungsgrundlage genommen werden. In den produktiven Kreisen gibt es eben keinen Vermögenszuwachs, umso mehr, als wir die Wirtschaft infolge der hohen Steuern und Regie gar nicht ausbilden können.

Meißner (d. Nat.): Die Bewertung der Vermögen ist in valutarischer Hinsicht falsch. Hier hätte die Novellierung einkommen müssen und so eine der ärgsten Härten beseitigt. Die Realistokraten werden in der Novelle ganz beseitigt.

Spieß (Vd. d. Landw.): Wenn ein Staat seine Währung ausbauen will auf einem Goldhaufen, so täuscht er sich. Das Wohl eines Staates hängt vielmehr von dem Wohle und Frieden seiner Bewohner ab. Es hätte genügt, eine einfache progressive Vermögensabgabe einzuführen. Die ganze Schwere des Gesetzes ruht auf den Schultern der Landwirtschaft und der Hausbesitzer (?).

Durcausky (Volksp.): Gegen die Kriegs- und Nachkriegswucherer ist bisher nicht vorgegangen worden, da diese zum größten Teil ihr Vermögen im Ausland deponiert haben. Diese Vermögen müßten erfasst werden.

Hablens (Stch. Soz., Dem.): Die Vermögensabgabe ist im Interesse der sozialen Gerechtigkeit notwendig. Es ist nur recht und billig, wenn der Vermögenszuwachs, der im Kriege erzielt wurde, besteuert und erfasst wird.

Der Gesetzentwurf wird hierauf in erster Lesung angenommen. Sämtliche Änderungsanträge unserer Genossen werden abgelehnt. Sodann schritt das Haus zur Behandlung der beiden

Arbeitslosenvorlagen

Siezu sprach in der Debatte u. a. **Genosse Kml.** Er sagt, daß die Regierung verpflichtet wäre, dafür Sorge zu tragen, daß die großen Massen der Arbeitslosen wieder in die Arbeit eingestellt werden können. Man würde damit

Arbeitslosen mehr dienen, als wenn man ihnen Unterstühtungen gibt. Es wäre diese Maßnahme umso mehr am Platze und dringend notwendig, weil bekanntlich nur etwa ein Drittel der Arbeitslosen tatsächlich Unterstühtungen erhält, während die restlichen zwei Drittel von einer staatlichen Unterstühtung ausgeschlossen sind. Es wird also den Arbeitslosen auch mit der Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes nicht geholfen. Bezeichnend ist, daß die deutschen Gebiete bei Durchführung öffentlicher Bauten sowie bei Vergebung von staatlichen Lieferungen viel zu wenig berücksichtigt werden und darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Zahl der Arbeitslosen im deutschen Gebiete eine weit größere ist, als in den tschechischen Gebieten. Deshalb muß es unsere Aufgabe sein, vom Staate und der Regierung zu verlangen, daß endliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeitslosigkeit auf das tunlich geringste Maß zu vermindern. (Beifall.)

Die Vorlage wird unverändert angenommen. Nach einer viertelstündigen Sitzungsunterbrechung gelangt bei der Verhandlung der

Elbschiffahrtsakte

Genossin Berthen zum Worte. Sie verweist darauf, daß die Elbe bis zum Umsturz als Handelswasserstraße von außerordentlicher Bedeutung für den internationalen Handelsverkehr war. Durch Einführung des Moldaunumschlagtarifes ist die Elbschiffahrt auf das schwerste geschädigt worden und die wirtschaftliche Krise trug neben den valutarischen Verhältnissen dazu bei, daß die Elbschiffahrt selber lahmgelegt wurde. Dazu kommt noch, daß der Verkehr von den wichtigsten Elbenumschlagplätzen in das tschechische Gebiet verlegt werden soll. Durch die Bahnmilegung der Elbschiffahrt ist der größte Teil der ihr beschäftigten Arbeiter auf das schwerste betroffen worden, da sie arbeitslos geworden ist und sich dermalen in der größten Notlage befindet. Rednerin befragt die Annahme eines Resolutionsantrages, in welchem die Regierung aufgefordert wird, der Arbeitslosigkeit der bei der Elbschiffahrt Beschäftigten Arbeiter dadurch zu begegnen, daß Vorschriften getroffen werden, welche den derzeit eingeschränkten Transport der Kohle auf der Elbe wieder ermöglichen. Im übrigen werden wir für das Gesetz stimmen. (Beifall.)

Nach der Annahme dieser Vorlage wird das Gesetz über die

Kohlensteuer

verhandelt.

In der Debatte formulierte den Standpunkt unserer Senatoren

Genosse Jarolim. Er weist darauf hin, daß im Jahre 1920-1921 die Besteuerung der Kohle hundertmal höher war als vor dem Kriege und daß auch noch heute die Kohlensteuer einen wesentlichen Posten ausmacht. Die Herabsetzung der Kohlensteuer ist durch die tatsächlichen Umstände, die der Streit herbeigeführt hat, zustande gekommen. Wir dürfen daher erwarten, daß die Kohlensteuer dem am 10. Oktober geschaffenen Justizabrechnungstragen wird. Statt dessen nehmen wir wahr, daß dieser Zustand durch die Vorlage wesentlich verschlechtert werden soll. Wir beantragen, daß der Prozentige Steuerfuß gestrichen wird und die Regierung die Möglichkeit hat, im Bedarfsfalle sogar bis auf den Nullpunkt herabzugeben. Ungeheuerlich ist der Abfall des § 3, durch den verhindert werden soll, daß unsere Kohle im Auslande billiger verkauft werden kann, als im Inlande. Unsere Kohlenzufuhr ist an sich schon zurückgegangen und durch den § 3 wird unsere Kohle noch mehr verdrängt werden, umso mehr als die anderen Staaten bis auf Polen die Kohlensteuer überhaupt nicht kennen. Ebenso unhaltbar finden wir den Absatz 5 des § 3. Wir würden wünschen, daß die von uns gestellten Anträge im Gesetze ihren Platz finden, gegen aber nicht die mindeste Zuversicht, daß auch nur einer unserer Anträge angenommen werden wird. Wir werden gegen das Gesetz stimmen. (Beifall.)

In der folgenden Abstimmung wird das Gesetz unverändert angenommen.

Zum Gesetz, betreffend die Zusammenlegung der Gemeinden, sprach **Genosse Zwick**, auf dessen Ausführungen wir morgen zurückkommen werden. Nach der Erledigung zweier weiteren Vorlagen wurde die Sitzung um Mitternacht geschlossen.

Tages-Neuigkeiten.

Ein deutscher Kulturträger. Bitter klagt ein deutscher Mann in der „tschechischen Zeitung Bohemia“, in Auffg sei Zaretsches vorgegangen. Sein völkischer Jörn lodert hell auf: „Liebedienerei nach Noten“. Der Parteitag der Soz. war eine Scene widerlicher Annäherungsversuche an die tschechischen Genossen. „Die deutschen Genossen schweifen wie die um sie her“. Aber, Jägerhemden tragende Leser der „Bohemia“, stellt den Werktag beiseite, daß nicht gerechter Jörn eure Hand unsicher mache; jetzt kommt das Höchste: Am Montag fand zu Ehren des Kongresses ein von einem tschechischen Künstler dirigiertes Orchesterkonzert statt, dessen überwiegend slawisches Programm von den Konzertbesuchern stürmisch akklamiert wurde.“ Gebrochen wiederholte der Patendentende: „In der deutschen Stadt Auffg wurde ein tschechisches Konzert veranstaltet und stürmisch akklamiert.“ Seht, deutsche Bürger, so geht es, wenn Arbeiter

Kongerte und anderen Bildungsmunipij veranstalten. Ein echter biederer Deutscher, vom Schlage des Schreiers der Rotiz, läßt sich zu keinem Konzert mit slawischem Programm aus der Kneipe locken, nein, er hat den Schwundel durchschaut; er fordert in kernigen Worten die tschechischen Genossen auf, „diesen neuen Anbiederungsversuch ebenso kühl abzuweisen, wie seine Vorgänger“, und beschwört die deutschen Arbeiter, einer Partei den Rücken zu kehren, die es wagt, sie Tschaikowskys Symphonien und Dvoraks Slavische Tänze hören zu lassen. — Schelm, ich kenne dich. Du gehörst zu jener stolzen Auslese deutscher Geisteskräfte, zu jenen deutschen Patrioten, die einen Hahngesang gegen England „dichteten“, die Aphorismen prägen wie „Militarismus ist das, was die anderen nicht haben“, die gegen Aufführungen der Werke Shakespeares und Molières auf deutschen Bühnen protestierten, bei denen der Versuch der Aufführung einer Oper von Smetana am Prager deutschen Theater Wahnsinnsbrüche hervorruft, die Revolutionen im Hofstrahle vorbereiten, kurz, zu jener leider nicht geringen geistig beschränkten Heldenschar deutscher Jünglinge, die das deutsche Volk in den Geruch der Barbarei bringt. Wie hätte es der Patriot in der Annenstraße für möglich gehalten, daß in der deutschen Stadt Auffg deutsche Arbeiter so tief sinken können, um Dvoraks Slavische Tänze und zwei Symphonien von Tschaikowsky stürmisch zu akklamieren. Das kann aber nur bei einer internationalen Partei geschehen, daß sie es wagt, ihre Mitglieder aus Standardwerk: slawischer Kunst genießen zu lassen (Germanen! Kunstwerke des Erbfeindes!!!), statt ihr Vorhandensein sorgsam zu vermeiden; daß ein Künstler tschechischer Nationalität durch sein Dirigieren den deutschen Charakter Auffgs bedroht! — Der arme Teufel von Prerau, dem Goethes stilles Verhalten nicht gefiel, hat ein bedauerndes Vergeßlied bei der „Bohemia“ gefunden.

Dinteritis oder Hileritis ist eine neue, allem Anschein nach aber sehr gefährliche Krankheit. Wie sie sich äußert, konnte man gestern gelegentlich der „Rede“ des Herrn Doktors und Professors Schollich beobachten. An allem Glied in der Welt ist der Jude schuld! Jud, Jud, Jud! Es schlie nur das „hepp“ und die Jorgrommigung im „deutschen“ Lager hätte ihren vollkommensten Ausdruck gefunden. Dinteritis nennen wir die Krankheit nach ihrem Entdecker, dem arischen „Dichter“ Dinter, dessen herrliche Geistesprodukte jene Wirkungen erzielte die an den Herren Dr. Schollich, Dr. Feterleit et tutti quanti zu beobachten waren. Ein Sion in Kriegesform kann nicht erpicht sein auf die Skizze irgend eines Bleichgesichtes als jene Sakentkreuzschreiber nach dem Blute der elenden, verfluchten Juden. Die deutsche Kultur feiert ihre Triumphe!

Zur Charakteristik der Kommunisten. Wir lesen in der „Globe“: In Görlik wurde jüngst bei kommunistischen Parteimitgliedern Hausdurchsuchung gehalten, wobei erhebliche Waffenvorräte und sehr kompromittierendes schriftliches Material zum Vorschein kamen. Dies hatte die Verhaftung von etwa dreißig Kommunisten zur Folge. Die Angehörigen der Verhafteten wandten sich nun mit flehentlichen Bittgesuchen an den sozialdemokratischen Abgeordneten für Görlik, den Genossen Buchwiz, er möchte sich doch für deren Freilassung verwenden. Den jammervollen Beschwörungen, namentlich der Frauen, konnte sich Genosse Buchwiz nicht entziehen, er unternahm verschiedene Reisen nach Breslau und Berlin und erreichte durch eifrigste Bemühung endlich, daß der bei weitem größte Teil der Verhafteten in Freiheit gesetzt wurde. Soweit schön und gut. Aber vielleicht interessiert es doch, zu erfahren, daß bei einem der Verhafteten eine genaue Anweisung für den Fall bewaffneten Aufstandes gefunden worden war. In dieser Anweisung hieß es: Beim Ausbruch des Aufstandes sind die sozialdemokratischen Abgeordneten Taubadel und Buchwiz sofort zu beseitigen. . . . Auf die Kommunisten paßt das Wort vom Wiener Kongreß anno 1815: „Wir werden durch unsere Undankbarkeit Europa in Erstaunen setzen.“

Ein Warenaus der Wiener Großenkaufgesellschaft. Die Textilabteilung der österreichischen Großenkaufgesellschaft für Konsumvereine (G. L. C.) veranstaltete, wie die „Konsumgenossenschaft“ meldet, in Wien eine genossenschaftliche Warenaus, die einen prächtigen Verlauf nahm. Wenn die kapitalistischen Warenausere von Zeit zu Zeit Veranstaltungen treffen, um dem Publikum die neuesten Modevorlieben vorzuführen, so hatten hier fleißige Hände eine Warenausstellung geschaffen, um den Arbeiterfrauen zu zeigen, welche reiche Zahl von lebenswichtigen Waren, müßigerfüllig in der Qualität und konkurrenzlos im Preis, in genossenschaftlichen Betrieben hergestellt werden. Um aber den Besuch anziehender zu gestalten, hatten die Veranstalter ein außerordentlich festliches Programm ausgewährt. Graziöse Wiener Musik und Reigenvorführungen von Schülerinnen der Schönbrunner „Kinderfreunde“, Schulle boten den künstlerischen Rahmen für einen Lichtbildervortrag über die Betriebe der Großenkaufgesellschaft, Modellvorführungen der praktischen und doch geschmackvollen Schöpfungen der Wäschefabrik, der Konfektionsabteilungen und der Schuhfabrik. In zahlreichen schönen Lichtbildern wurden das Verwaltungsgebäude der Großenkaufgesellschaft am Donaukanal in Wien, die großen Lagerhäuser, Werkstätten, Bureaus, Textillager, die Wäschefabrik in Wien, die gemeinnützige Wäschefabrik und die Schuhfabrik in Brunn am Gebirge, und vor allem die prächtigen „Gewah“Warenausere in Wien und in der Provinz

gezeigt. Mit Verwunderung erfuhren die zahlreich erschienenen Frauen zum ersten Male, welche mächtige Wirtschaftszentrale sich die organisierten Konsumenten in der G. L. C. geschaffen haben.

Durch Hunger irrsinnig geworden. Das Süddeutsche Korrespondenz-Bureau meldet aus Augsburg: Ein seinerzeit wohlhabender Bürger der Stadt ist durch Hunger irrsinnig geworden.

Abholzung der von der Romne beschädigten Wälder. Die politische Bezirksverwaltung in Warnsdorf teilt mit: Laut der beim Ministerium für Landwirtschaft in Prag eingegangenen Berichte hat neuer ein größerer Konnenstich nicht mehr stattgefunden. Die Konnenvernichtung ist daher im allgemeinen als beendet anzusehen. Um aber der als Folge der Konnenvernichtung erfahrungsgemäß drohenden Gefahr der Ausbreitung der waldbeschädlichen Insekten (Bast, Vorkäfer und Kästler usw.) nach Möglichkeit vorzubeugen, ist es notwendig, die Aufzucht und Entzündung nach Möglichkeit auch die Ausfuhr des Konnenholzes aus dem Walde, mit allen Mitteln zu beschleunigen. Da in den allermeisten Fällen der Umfang der Konnenholzungen durch die Bezirksforstinspektion bereits festgestellt ist und es in zweifelshaften Fällen keine Schwierigkeiten bieten wird, von der Romne befallene, aber lebensfähige Bestände von den abgestorbenen zu unterscheiden, werden die Waldbesitzer aufgefordert, ihre konnenbeschädigten Bestände, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte bis zum Frühjahr 1924, d. i. spätestens 15. April 1924, abzuholzen, zu entrichten und nach Möglichkeit aus dem Walde zu schaffen. Weiteres ist bei der Abholzung der durch die Romne vernichteten Bestände auf alle Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen sowohl hinsichtlich der Verhinderung der Vermehrung der waldbeschädlichen Insekten, wie auch mit Rücksicht auf die Feuergefahr im Walde strenge zu achten.

Unersättlicher Tod eines Säuglings. In Dopfgarten (Tirol) stürzte das einjährige Kind der Witwe des Mitbesizers des Thalerischen Sägewerkes, Theodor Thaler, auf die heiße Herdplatte und erlag noch am selben Tage den Brandwunden.

Neuwerb an einem Münchener Goldwaren-Händler. In der Sandstraße in München wurde der 53jährige Uhrmacher und Goldwarenhändler Stephan Haas in seinem Arbeitszimmer ermordet und beraubt. Haas, ein Junggeheile, wohnte seit Jahren im 2. Stock eines Hauses. Da Haas am Freitag nicht zum Essen erschien, wollte ihn die Bedienung am Samstag auffuchen. Sie fand Haas blutüberströmt und tot im Arbeitszimmer. Mit einem umpinnten Gegenstand war ihm die Schädeldecke eingeschlagen worden; die Kehle war durchgeschnitten, außerdem hatte er einen Stich in die Lunge bekommen. Gerahnt wurden sechs goldene Herrenuhren, sechs silberne Uhren, zwei goldene Trauringe, acht goldene Damenuhren, zwanzig Herrenuhretten, eine silberne Petschaft. Das Mordwerkzeug wurde nicht gefunden. Haas hatte lebhaften Geschäftverehr und galt als wohlstiuierter Mann.

Der Ausbau des Achenseewerkes. Die Stadtgemeinde Innsbruck hat in ihrer letzten Gemeinderatsitzung den Ausbau des großen Achenseewerkes endgültig beschlossen, das in vollem Ausbau eine Leistung bis zu 100.000 Pferdestärken liefern soll.

36.000 Goldmark geraubt. Einem Boten des Hofpostamtes wurde auf dem Wege zum Hauptpostamt 36.015,75 Goldmark entwendet. Der Bote gibt an, daß ihm diese bei einem epileptischen Anfall auf dem Wege abhanden gekommen seien. Die Firma I. v. dem Wiederbringer des Geldes zehn Prozent des gesamten Betrages als Belohnung aus.

Durch Zufall gerettete Eisfaher. Zwei Eisfaher, Julius Krüppa und Eugen Zenzel aus Wien, verbannten, wie jent aus Gröbming unterm Dachstein gemeldet wird, ihre Rettung einem glücklichen Zufall. Sie waren am 8. Dezember von Stoder am Hirzberg gekommen und wollten nach Witterndorf abfahren. Da sie die Dämmung überfahen, beschloßen sie, gegen Gröbming abzufahren. Sie verirren sich und kamen nach fünfstündiger Wanderung vollständig entkräftet und durchnäßt zur Brandalpe. Zufällig kam dorthin gerade in dieser Nacht eine Gendarmeriepatrouille, bestehend aus zwei Gendarmen und einem Fortstangehalten, auf der Streifung nach Wildbächen; die Patrouille fand die beiden vollständig erschöpft, brachte sie zur Jagdhütte und labte sie.

Unter die Räder geraten. Aus München wird berichtet: Dieser Tage wollte die 26 Jahre alte Sägearbeiterin und Krämerin Rosalia Huber mit ihrem Mann mit dem Personenzug nach Höhenkirchen fahren. Als die beiden zum Münchener Südbahnhof kamen, war der Zug bereits im Ausfahren. Beim Aussteigen auf den Zug wehte ein Windstoß der Frau den Hut vom Kopf; sie wollte danach fassen, stürzte vom Trittbrett ab und geriet so unglücklich unter die Räder, daß ihr der Kopf zermalmt wurde.

Radiotelephone auf dem Schiff. Eine Kopenhagener Dampfschiffgesellschaft beabsichtigt, auf allen ihren Passagierdampfern, die zwischen Kopenhagen und den dänischen Häfen verkehren, Radiotelephone einzuführen, die allen Reisenden zur Verfügung stehen und es ihm jederzeit ermöglichen sollen, sich an Bord von den heimatischen Telefonstationen direkt mit seiner Wohnung oder seinem Bureau verbinden zu lassen.

Weihnachtsbuchausstellung des Vereines deutscher Arbeiter in Prag. Die vom Verein deutscher Arbeiter in Prag veranstaltete Weihnachtsbuchausstellung, die Dienstag mittags eröffnet wurde, findet im großen Uraniaaal in der Smetanagasse 22 statt, ist täglich von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends geöffnet und dauert bis Sonntag, den 23. Dezember. Wir empfehlen allen Genossinnen und Genossen die Ausstellung, die sehr reichhaltig ist, zu besuchen und die Auswahl dort zu treffen. Die Vielgestaltigkeit der Ausstellung ist eine Gewähr dafür, daß jedem Geschmack entsprochen wird.

Geschäftsdrücke in den Sparkassen am 24. Dezember 1923. Die Sparkassen Groß-Prags und deren Geschäftsstellen bleiben ebenso wie die Banken Montag, den 24. d. M., ganzständig geschlossen.

Wohlfahrts-Effekten-Lotterie der Deutschen Landeskommission für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge. Die Deutsche Landeskommission für Kinderbeschäftigung und Jugendfürsorge in Reichenberg teilt uns mit, daß die Lotterie-Direktion in Prag laut Erlass Nr. 2552-1 ex 1923 den Ziehungstag vom 30. Dezember 1923 auf den 29. Februar 1924 verlegt. Gewinne werden in der Zeit vom 2. März bis 31. Mai 1924 ausgezahlt.

Prager Chronik.

Das Dienstmädchen Karoline S. aus Weinberge hat Mittwoch in selbstmörderischer Absicht ein unbekanntes Gift zu sich genommen und wurde ins Allgemeine Krankenhaus überführt. — Der Arbeiter Heinrich S. hat Mittwoch eine größere Dosis Jodtinktur ausgetrunken und brach in der Rettungsgasse zusammen. Besantzen verständigten die Rettungsgesellschaft, die ihn ins Allgemeine Krankenhaus überführen ließ. — Von der Vöcklabruck Eisenbahnbrücke sprang ein unbekannter junger Mann in die Moldau und ertrank, eh' ihn Hilfe geleistet werden konnte. Seine Leiche konnte bisher nicht geborgen werden.

Mittwoch ließ man beim Graben in der Budeckgasse in Bubensich in einer Tiefe von 85 Zentimetern auf ein Hockergrab und eine Aschenurne. Nach dem Urteile des anwesenden Beamten des staatlichen archäologischen Instituts dürfte der Fund etwa aus der Zeit 2000 vor Christi stammen. Das Ganze wurde in das archäologische Staatsinstitut geschafft.

Gerichtssaal.

Gelbe Verleumder.

Ein gelber Verleumder des Genossen Kaufmann zu 14 Tagen Arrest, verschärft durch zwei Fasttage, und zur Tragung sämtlicher Kosten unbedingte verurteilt.

Dienstag, den 18. d. M., fand vor dem Bezirksgericht V. Lepa ein Ehrenbeleidigungsprozess seinen Abschluss, der wieder einmal zeigt, wie sturpesslos unsere Gegner in der Wahl und Anwendung der Mittel zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner und damit der sozialdemokratischen Partei sind.

Im Herbst 1921 hat Sekretär Augustin der deutschsozialen Partei in Versammlungen Andeutungen gemacht, er besitze ein Schriftstück, das den Beweis dafür biete, daß der Obmann des „Internationalen Metallarbeiterverbandes“, Abgeordneter Genosse Kaufmann, die Metallarbeiter bei der großen Aussperrung verkauft habe. Augustin hat diese Mitteilung in seinen Parteiversammlungen und in der Presse nur so vorzüglich abgefaßt gebracht, daß er schwer zu fassen war. Erst im Sommer d. J. hat er in einer Versammlung in Sandau, um die Arbeiter des Eisenwerkes zum Austritt aus dem Metallarbeiterverband zu veranlassen, deutlicher gesprochen. Und auf Grund dieser Mitteilungen erklärte nun einer seiner Parteigänger, der Arbeiter Josef Vorschneider, im Betriebsausschuß zu den Vertrauensmännern des Internationalen Metallarbeiterverbandes: „Was habt ihr denn von einem Kaufmann, der hat Euch ja um 200.000 Kronen verkauft.“ Zur Rede gestellt, erklärte Vorschneider: „Das hat ja Sekretär Augustin in der Versammlung gesagt.“

Genosse Kaufmann brachte nun, um es Herrn Augustin zu ermöglichen, als Zeuge alles Beweismaterial für seine Behauptung beizubringen, gegen Josef Vorschneider die Ehrenbeleidigungsklage ein. Bei der ersten Verhandlung bot der Verteidiger des Vorschneider vorerst den Wahrheitsbeweis an, schränkte seinen Antrag aber sofort auf den Wahrheitsbeweis ein. Der Beklagte verantwortete sich dahin, daß er wohl den ersten Teil der Behauptung gemacht habe, doch hätte er mit den 200.000 Kronen etwas anderes sagen wollen, wolle aber nicht mehr, was. Als Zeugen gab er Direktor Korschki und den Ingenieur Deml der Sandauer Eisenwerke an. Bei der zweiten Verhandlung haben diese beiden Zeugen einer nationalen Arbeiterpartei weniger zugegeben, als der Beklagte selbst zugab, was diese beiden Herren gehört haben sollen. Da auch die Herren Direktor Korschki und Deml den Angeklagten nicht entlasten konnten, führte der Verteidiger des Beklagten die Teplitzer Metallindustriellenorganisation als Vertreter jenes Rundschreibens, das den Beweis des Rates des Genossen Kaufmann beinhalten soll, als Zeugen. Die Unternehmerorganisation als Zeugin der gelben Arbeiterpartei, das genügt wohl, deren Qualifikation als Arbeitervertretung bei allen Arbeitern entgültig festzustellen. Aber auch das nützte nichts. Die gerichtlichen Erhebungen und Einvernahmen haben festgestellt, daß das vertrauliche Rundschreiben, das nach der Aussperrung an die Mitglieder der Unternehmerorganisation verstreut wurde, ohne Wissen der Metallarbeiterorganisation und deren Unterhändler hinausgegeben wurde. Weiters ist festgestellt worden, daß von den 800 Vertrauensmännern die mitausgesperrt waren, nicht einer entlassen wurde. Ein Vertrauensmann, der wegen persönlicher Bedrohung seines Chefs gelübt und vor das durch den Kollektivvertrag bestellte Einigungsamt berufen wurde, wurde dank des Eingreifens des Genossen Kaufmann als Vertreter des Internationalen Metallarbeiterverbandes wieder eingestellt. Der Betrag von 1.200.000 Kronen, der von der Regierung zu einer teilweisen Entschädigung an die ausgesperrten Arbeiter bewilligt worden war, wurde vom Ministerium für soziale Fürsorge direkt an die Unternehmerorganisation geleistet und von dieser an die Verbandsfirmen verteilt. Es hatte weder Kaufmann noch ein anderer Funktionär

des Internationalen Metallarbeiterverbandes, noch dieser selbst etwas mit diesem Geld zu tun.

Das Gericht stellte fest, daß der Beklagte eine qualifizierte Ehrenbeleidigung begangen habe, bei der eigentlich ein Wahrheitsbeweis nicht zulässig sei. Auch der zugelassene Wahrheitsbeweis sei vollständig mangelhaft. Es ist festgestellt, daß die Absicht vorlag, die politische Ehre des Klägers zu vernichten, weshalb das Gericht den Beklagten zu 14 Tagen Arrest, verschärft durch zwei Fasttage, und zur Tragung sämtlicher Kosten unbedingte verurteilt.

Der gegnerische Rechtsanwalt meldete wohl die Berufung an, doch wird bei der Klarheit der gerichtlichen Feststellungen, zu denen die Zeugen der beklagten Seite am meisten beigetragen haben, auch die zweite Instanz kein anderes Urteil fällen können.

Wohl selten hat ein Prozeß so klar die Niederträchtigkeit der Kampfmethoden der Gelben gegen uns aufgezeigt wie dieser. Die Arbeiter, die diesen Verleumdern nachlaufen, besonders der Arbeiter Vorschneider, mögen nun über die Ehrlosigkeit des Herrn Augustin und seiner Partei nachdenken. Besonders dem Arbeiter Vorschneider, der das Opfer des Herrn Augustin ist, der selbst als Kronzeuge bei seiner Verhandlung erschien, und der nun für die Verleumdung des Herrn Augustin büßen muß, müssen nun die Augen darüber aufgehen, welchen Ehrenmännern er Vertrauen und Glauben geschenkt hat.

Die Partei des Herrn Augustin wird hoffentlich die Kosten des Prozesses zahlen, die Freiheitsstrafe wird Herr Augustin sicher nicht für Vorschneider abbüßen.

Die Arbeiter von Sandau, aber auch alle anderen, die den Gelben nachlaufen, mögen den vorliegenden Fall objektiv prüfen und es wird bei ihnen keinen Zweifel mehr geben können, daß sie als ehrliche Menschen mit Leuten wie Augustin und Konforten und ihrer Partei nichts zu tun haben dürfen und daß sie in die sozialdemokratische Organisation gehören.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Ausbeutung der Bäckerlehrlinge. Ganz ungläubliche Dinge über die Ausbeutung der Lehrlinge im Bäckerberuf entnehmen wir dem in Bodenbach erscheinenden „Lebensmittelarbeiter“. Dem Leiter der Gewerbeschule in Kuffitz fiel es vor einiger Zeit auf, daß die Bäckerlehrlinge während des Unterrichtes fast regelmäßig einschließen. Der Schularzt ging der Sache nach und hatte ermittelt, daß es nicht Faulheit war, der diesen Umstand des Einschließens verschuldet, sondern die Ermüdung, hervorgerufen durch eine ungeheuerliche Ueberarbeitung dieser jungen, noch körperlich entwicklungsbedürftigen Menschen. Der Direktor der Schule hat nun Erhebungen gepflogen, welche folgendes erschreckende Ergebnis zeigten:

Ein Bäckerlehrling, B. F., der bei Herrn O. Feil, Nusitz 18, lernt, arbeitet täglich von 9 Uhr abends bis anderntags 12 Uhr mittags, also 15 Stunden.

Der Bäckerlehrling V. A. bei F. Wanta, Schönprisen, Schwandnerstraße, von halb 10 Uhr abends bis 12 Uhr mittags, also 14 1/2 Std.

Der Bäckerlehrling F. A. bei F. Arieche, Verchenfeld, von 9 Uhr abends bis 12 Uhr mittags, also 15 Stunden.

Der Bäckerlehrling S. F. bei F. Köffel, Schönprisen, Kuffiger Straße 88, von 9 Uhr abends bis 12 Uhr mittags, also 15 Stunden.

Der Bäckerlehrling V. J. bei demselben Meister, dieselbe Arbeitszeit.

Der Bäckerlehrling Sch. W. bei W. Rüdiger, Schönprisen, Kuffiger Straße 95, von 10 Uhr abends bis 12 Uhr mittags, also 14 Stunden.

Der Bäckerlehrling A. W. bei E. Ritschel, Verchenfeld, von 9 Uhr abends bis 12 Uhr mittags, also 15 Stunden.

Das sind so einige Beispiele. Genau so, wie es in den Kuffiger Bäckereien zugeht, wird es wohl in den anderen bürgerlichen Bäckereien der Fall sein. Die ungeheure Ausbeutung der Lehrlinge, die hier sichtbar wird, ist die Frucht der Nachtarbeit der Bäcker, die im schreiendsten Widerspruch zu allen bestehenden Gesetzen steht. Interessant ist, daß es bei der seinerzeitigen Enquete im Ministerium für soziale Fürsorge gerade der Vertreter der Kuffiger Bäckergenossenschaft, Herr Sitte, war, der sich für die Aufrechterhaltung der Nachtarbeit eingesetzt hat.

Ueberstreckung der Rothau-Rudolfer Eisenwerke. Wie das „Prager Tagblatt“ meldet, hat die Anglo-Industriebank und die Böhmische Unionbank Prag durch Erwerb eines Aktienpakets die Eisenwerke Aktiengesellschaft Rothau-Rudolfer dauernd Interesse an diesem Unternehmen genommen.

Die Eroberung Oesterreichs durch das englische Petroleumkapital. Zwischen der Floridsdorfer Mineralöhraffinerie und der größten englischen Petroleumgesellschaft, der sogenannten Shellgruppe, wurde ein Uebereinkommen getroffen, wonach sich die englische Gruppe an dem Wiener Unternehmen beteiligt. Die beiden Unternehmen errichten gemeinsam eine Betriebs- und Verkaufsgesellschaft in Oesterreich. Die Wiener Fabrik wird ausgebaut werden, wozu die englische Gruppe das Kapital bereitstellt. Ebenso wird der Rohölbedarf des österreichischen Unternehmens durch das englische gedeckt. Zur Uebernahme des Rohöls werden in Triest große Tankanlagen errichtet.

Verkehrs- und Wirtschaftsfragen vor dem Völkerverbund. Die deutsche Völkerverbundliga in der

Tschechoslowakischen Republik teilt mit: Anfang Dezember tagte in Genf die von dem Völkerverbund einberufene zweite Generalkonferenz für das Kommunikationswesen und den Transitverkehr. Sie hat vier Staatenkonventionen genehmigt, und zwar betreffend das internationale Eisenbahnwesen, betreffend den internationalen Verkehr in den Seehäfen, betreffend die Transitübertragung der elektrischen Kraft und betreffend die Nutzbarmachung der Wasserkräfte der internationalen Stromläufe. Die größte Bedeutung kommt der Konvention betreffend das internationale Eisenbahnwesen zu. Sie enthält eine systematische Regelung der anerkannten internationalen Verpflichtungen bezüglich der Eisenbahntransporte und füllt so eine fühlbar gewordene Lücke des internationalen Rechtes aus. Es erfolgte eine Regelung der Bestimmungen über die überstaatlichen Eisenbahnverbindungen, über die wechselseitige Verwendung des rollenden Materials, über Vereinfachung und Erleichterungen der Beziehungen zwischen den Eisenbahnen und dem Publikum, sowohl bezüglich des Personen, als des Warenverkehrs. Ueber die Anwendung von mäßigen Tarifen, über das Verbot jener verschiedenen Behandlung, die ein Uebelwollen gegenüber den andern Vertragsstaaten darstellen gegenüber, über finanzielle Abkommen zwischen den Eisenbahnverwaltungen und anderes mehr. Auch stellt die Konvention die gleichmäßige Behandlung des Handels in den Vertragsstaaten fest. Die Konvention betreffend den internationalen Verkehr in den Seehäfen normiert die gleiche Behandlung bei dem Einlaufen der Schiffe in die Häfen und deren Nutzbarmachung. Die übrigen beiden Konventionen enthalten nur allgemeine leitende Grundsätze, welche Uebereinkommen seitens der einzelnen Staaten bezüglich der Transitübertragung der elektrischen Kraft und der rationellen Verwertung der Wasserkräfte erleichtern sollen. In seinem Schlusswort verwies der Präsident der Konferenz auf die große Bedeutung der durch den Völkerverbund ins Leben gerufenen Organisation des Kommunikationswesens und des Transitverkehrs, die durch ihre periodischen Beratungen den Ausbau eines praktischen internationalen Verkehrs erleichtern. Insbesondere das Eisenbahnübereinkommen werde die Magna Charta des Eisenbahnverkehrs werden und werde die bessere Ausbeutung der Eisenbahntransportmittel ermöglichen; so werde die gesamte wirt-

schafliche Welt nach der allgemeinen Durchführung der Konvention hervorragende Vorteile genießen.

Devienkurie.

Die tschechische Krone notiert in: Wien 16.81.25 Prag 125.000.000.000.000 Wien 2086'00

Prager Kurie am 20. Dezember. Table with columns for Gold, War, and various exchange rates for currencies like Gulden, Mark, Franc, etc.

Kunst und Wissen.

Das Weihnachtskindermärchen: „Die Klein-Else“ von Christlind suchen ging von Elise Lehmann-Daupe wird Sonntag nachmittags halb 3 Uhr zum erstenmale gegeben werden. — Für den ersten Weihnachtstag bereitet die Operette die Erstaufführung von Robert Winterbergs „Die Dame vom Zirkus“ vor. — In der Kleinen Bühne wird am ersten Weihnachtstage abends die Komödie „Schwarz und weiß“ von Sascha Guitay zum erstenmale in Szene gehen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag „Florian Geyer“; Samstag „Madame Pompadour“; Sonntag halb 3 Uhr Erstaufführung „Die Klein-Else das Christkind suchen ging“, abends „Lohengrin“. Spielplan der Kleinen Bühne. Morgen Samstag „Deutsche Kleinfäden“; Sonntag halb 8 Uhr „Dorine und der Zufall“.

Weihnachts Bäckerei advertisement featuring an illustration of a Christmas tree and text promoting Oetkers Backpulver and Vanillinzucker.

Mitteilungen aus dem Publikum.

OSRAM LAMPEN advertisement with illustrations of light bulbs and text: 'OSRAM LAMPEN kauft und braucht die ganze Welt. OSRAM muß auf der Glasglocke stehen'.

Sonntag, den 23. Dezember, ist das Kleiderhaus Strausky, Hybernka ul., den ganzen Tag geöffnet. (2038)

Erstklassige Fassion, beste Qualität und billige Preise sind die Leisige der Hl. Gsel. Moravia, Kleiderhaus für Herren und Knaben, Prag II., Bäckaritz nám. 15 (neben Narodni Politika). Es ist daher kein Wunder, daß die genannte Firma in kurzer Zeit sich das Vertrauen zahlreicher Käufer erworben und sich des besten Rufes erfreut. Das Kleiderhaus Moravia hat seine Lager in jeder Hinsicht ergänzt und vermag durch billige und doch erstklassig gearbeitete Anzüge allen Ansprüchen gerecht zu werden. Besuchen Sie also das Kleiderhaus Moravia, wo Sie in jeder Hinsicht bestens bedient sein werden. (2037)

Wir möchten gerne unsere Abnehmer einwandfrei bedienen!

Wir bitten daher die Käufer, hauptsächlich die Vormittagsstunden, die Zeit des schwächeren Andranges, zu benützen, um das Schuhwerk gründlich und bequem anzuprobieren.

Wir empfehlen unser Schuhwerk als passendes und praktisches Weihnachtsgeschenk.

Sonntag, den 23. Dezember, sind alle unsere Verkaufsstellen den ganzen Tag über geöffnet. (2040.)

Bata.

Beraugeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holla.

Kaufet nur gute Waren! advertisement for Balbovsky, Bretler & Co., Prag, featuring a list of goods like Damaste, Kanafale, etc.

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Melazanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smekth 22 (Urania). 1000

Gastwirtschaft „Lidovy dum“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hybernka Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.